



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
25.01.2016

Kriminalität in Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften

Über einen spektakulären Gewaltausbruch in der Bayernkaserne berichtete dieser Tage die Lokalpresse. Dabei wurde der Betriebsleiter der Einrichtung, ein Mitarbeiter der Inneren Mission München (IM), von 15 Asylbewerberinnen aus Nigeria bedrängt, genötigt und aufs heftigste körperlich angegriffen. Die Polizei mußte die Situation bereinigen. Gegen vier der Nigerianerinnen wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. – Gewalt in Asylantenheimen und „Flüchtlings“-Unterkünften ist offenbar kein Randthema mehr, sondern eine Folgeerscheinung des anhaltenden „Flüchtlings“-Zustroms, auch wenn Medien und Polizeidienststellen als Folge einer verinnerlichteten political correctness nur in Ausnahmefällen zutreffend und vollständig berichten. Der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) spricht ausdrücklich von einem „Schweigekartell“ aus Politik, Polizei und Medien (wiedergegeben nach: http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-und-gesellschaft-das-schweigekartell_id_5212427.html; zuletzt abgerufen: 25.01.2016, 01.43 Uhr; KR). Wie seit den Silvesterexzessen von Köln nach und nach durchsickerte, sind offenbar gerade „Flüchtlings“-Unterkünfte ein Schwerpunkt gewalttätiger Übergriffe. Das Nachrichtenmagazin „Focus“ berichtet mit Blick auf Nordrhein-Westfalen über „kriminelle Milieus in Asylbewerbereinrichtungen“ und schreibt: „Bis Herbst 2015 musste die Polizei zu knapp 3000 Einsätzen in Flüchtlingseinrichtungen ausrücken. Seit August 2015 stieg das Aufkommen von 271 Einsätzen auf 869 im Oktober. Welche Straftaten dahinterstecken, verheimlicht NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) bis heute.“ (zit. nach: ebd.). Ähnlich sind die Gegebenheiten offenbar auch in Thüringen, wo es – laut „Focus“ – schon im Februar 2015 in einer internen Mail der Landespolizeidirektion Nordhausen hieß, daß bei „Einsätzen in den Unterkünften, die keine Außenwirkung erzielen, keine Pressemeldung gefertigt“ werden soll (ebd.). – Mit Blick auf die großflächige „Flüchtlings“-Infrastruktur und eine immer noch steigende Anzahl von Unterkünften in der bayerischen Landeshauptstadt drängen sich Fragen nach der Situation in München auf.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Allgemein: Wie entwickelte sich die Kriminalitätsbelastung in den Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerbereinrichtungen innerhalb der letzten zwei Jahre (also

b.w.

zwischen Jahresbeginn 2014 und Ende 2015) und insbesondere im zweiten Halbjahr 2015?

2. Wie entwickelte sich die Zahl der Polizeieinsätze in den Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften im gleichen Zeitraum und insbesondere im zweiten Halbjahr 2015 (hier bitte Angaben für jeden Monat zwischen Juli und Dezember!)?

3. Wie schlüsseln sich die in Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften im genannten Zeitraum angefallenen Straftaten nach Deliktsparten auf?

4. Auch in Politikerkreisen wächst der Mißmut über die wenig transparente Informationspolitik von Polizei und Behörden, was die Delinquenz von „Flüchtlings“ und das Kriminalitätsaufkommen in „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften angeht. So zitiert das Nachrichtenmagazin „Focus“ den früheren Bundesinnenminister Friedrich mit der Feststellung, die „systematische Verschleierung“ schüre „genau das, was sie verhindern wolle: Unsicherheit in der Bevölkerung“. Und: „Dieser Umgang mit Meldungen belegt das Misstrauen der Behördenchefs gegenüber dem mündigen Bürger und öffnet Verschwörungstheorien Tür und Tor.“ (zit. nach: ebd.). Inwieweit beabsichtigt zumindest die LHM München, auf mehr Transparenz und eine offenere Informationspolitik des Münchner Polizeipräsidiums hinzuwirken, um das öffentliche Vertrauen in die von der Münchner Polizei veröffentlichten Informationen nicht zu erschüttern? Wenn nicht, warum nicht? Inwieweit vermag die LHM nachzuvollziehen, daß die Öffentlichkeit auch bei einem sensiblen Thema wie der Delinquenz von „Flüchtlings“ und Asylbewerbern ein Recht auf ungefilterte, vollständige und wahrheitsgemäße Informationen geltend machen kann?



Karl Richter
Stadtrat